

## Pressemitteilung

19. Mai 2022

### **Kreis Coesfeld: Aktuell 128 offene Stellen in Hotels und Gaststätten** **Gewerkschaft sieht Job-Perspektive für** **Geflüchtete aus der Ukraine im Gastgewerbe** **„Bezahlung und Arbeitsbedingungen müssen stimmen“ | Firmen in der Pflicht**

Helfende Hände gesucht: Viele Hotels und Gaststätten im Kreis Coesfeld sind derzeit dringend auf neues Personal angewiesen – und könnten dabei auch Geflüchteten aus der Ukraine eine Job-Perspektive bieten. „Vorausgesetzt, die Bezahlung stimmt. Denn wer vor dem Krieg flieht und bei uns Schutz sucht, darf nicht ausgenutzt werden. Viele suchen bereits nach Arbeit“, sagt Helge Adolphs von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten. Der Geschäftsführer der NGG-Region Münsterland verweist auf aktuelle Zahlen der Arbeitsagentur. Danach zählte das Gastgewerbe im Kreis Coesfeld im April 128 offene Stellen – mehr als doppelt so viele wie noch vor einem Jahr.

„Das ist auch eine Chance für die Gastronomen und Wirte, die faire Bedingungen bieten“, so Adolphs. Gerade das Gastgewerbe sei weltoffen: Dort arbeiteten schon immer Menschen unterschiedlichster Herkunft – auch aus Osteuropa. „Die Branche ist ideal für den Quereinstieg: Von der Küche bis zum Service – hier haben auch Beschäftigte ohne Berufsausbildung gute Chancen. Und Fachkräfte werden ohnehin dringend gebraucht – vom Barkeeper bis zur Hotelfachfrau“, betont Adolphs.

Der Gewerkschafter verweist darauf, dass sich die Bezahlung im heimischen Gastgewerbe zuletzt deutlich verbessert habe. Nach dem aktuellen Tarifvertrag, den die NGG mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) ausgehandelt hat, liegt der Einstiegsverdienst in der Branche in Nordrhein-Westfalen seit Mai bei 12,50 Euro pro Stunde – weit mehr als bislang. Fachkräfte kommen auf einen Stundenlohn von mindestens 13,95 Euro.

„Diese Einkommen machen die Arbeit an Theke und Tresen deutlich attraktiver. Nicht nur Beschäftigte aus dem Kreis Coesfeld, sondern gerade auch Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, die einen Job suchen, sollten darauf bestehen, nach Tarif bezahlt zu werden“, rät Adolphs. Tipps gibt es bei der NGG vor Ort. Infos rund um die Arbeitsrechte, die Nicht-EU-Bürger haben, bieten die Beratungsstellen des gewerkschaftsnahen Netzwerks „Faire Integration“ – auch in ukrainischer Sprache ([www.faire-integration.de](http://www.faire-integration.de)).

Jetzt sei die Politik in der Pflicht, rasch die Weichen zu stellen, um das Fußfassen auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern. „Wichtig ist, dass die ukrainischen Bildungsabschlüsse unkompliziert anerkannt werden. Und es muss einen vereinfachten Zugang zu Sprachkursen geben. Denn die Sprache ist der Schlüssel, um zurechtzukommen“, so Adolphs.

Angesichts des hohen Anteils an Frauen mit Kindern unter den Geflüchteten müsse sich der Staat zudem um genug Kita- und Schulplätze kümmern. „Denn ohne Betreuungsangebote kommt für die Eltern maximal ein Minijob mit wenigen Wochenstunden infrage. Damit wäre allerdings die Chance auf eine echte berufliche Integration vertan“, warnt Adolphs. Das Potential der Geflüchteten sei enorm: Nach Angaben des Bundesinnenministeriums waren 92 Prozent der Ukrainerinnen in ihrer Heimat erwerbstätig oder befanden sich in der Ausbildung.

An die Adresse der Unternehmen macht der Gewerkschafter deutlich: „Das Gastgewerbe steht für Gastfreundschaft und Willkommenskultur. Dazu gehört in dieser Situation, dass die Menschen, die in der Branche arbeiten wollen, fair bezahlt und behandelt werden. Gleichzeitig sollten die Firmen Geduld haben, gerade wenn am Anfang Deutschkenntnisse noch fehlen.“ Das Hotel- und Gaststättengewerbe habe das Zeug dazu, ein „Integrationsmotor“ zu werden. Diese Chance sollte die Branche nutzen.



#### Bild-Unterzeile

Die Tourismussaison kommt auf Touren: Das heimische Hotel- und Gaststättengewerbe ist deshalb dringend auf zusätzliches Personal angewiesen. Die Branche könne dabei auch Menschen, die vor dem Krieg aus der Ukraine geflüchtet sind, eine Job-Perspektive bieten, so die NGG. „Vorausgesetzt, Bezahlung und Arbeitsbedingungen stimmen. Geflüchtete dürfen nicht ausgenutzt werden“, macht die Gewerkschaft deutlich.

Foto: NGG | Alireza Khalili

Das Foto wird zur redaktionellen Verwendung überlassen.

Auf Nennung von Rechteinhaber/Fotograf kann verzichtet werden.